

II- 446 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 250/J

1976 -03- 31

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. GRUBER

und Genossen

an den Bundesminister für Bauten und Technik

betreffend Überführung der Westbahn durch die Osttangente in Wels.

Die "Salzburger Nachrichten" bringen in ihrer Ausgabe vom 2.3.1976 (Österreichs Wirtschaft im Bild) eine Übersicht über die Schwerpunkte des Straßenbaues in Oberösterreich. Darin heißt es: "Eine zügige Weiterführung der Osttangente wäre Voraussetzung für die vierspurige Durchfahrt durch Wels und für eine voll ausgebaute Straße bis nach Sattledt zur Westautobahn. Sie scheitert vorerst am Weiglviadukt, am Bau der Westbahnüberführung, die vom Bautenministerium noch nicht genehmigt wurde. Als Grund wird die ungeklärte Kostenfrage einer Kanalverlegung angegeben. Kontrahenten sind die Bundesstraßenverwaltung und die Stadt Wels. "

Da zu befürchten ist, daß die bisher schon fertiggestellten und bereits im Bau befindlichen Teilstrecken der Welser Osttangente ihren Wert für den Durchzugsverkehr durch das Nadelöhr des sogenannten Weiglviaduktes verlieren, wäre eine möglichst rasche Inangriffnahme der Bauarbeiten an der Westbahnüberführung geboten. Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Bauten und Technik folgende

A n f r a g e :

- 1) Entspricht es den Tatsachen, daß die Verzögerung des Baubeginns durch die ungeklärte Kostenfrage einer Kanalverlegung bedingt ist ?

- 2) Woran scheiterte bisher eine Einigung zwischen der Bundesstraßenverwaltung und der Stadtgemeinde Wels ?
- 3) Was werden Sie unternehmen, um zu einer raschen Bereinigung der offenen Fragen zu gelangen ?
- 4) Wann ist mit dem Baubeginn der Westbahnüberführung zu rechnen ?
- 5) Ab wann wird die Innviertler-Bundesstraße zwischen der B1 und Puchberg dem Verkehr zur Verfügung stehen ?